

Schutz von Umwelt, Klima und Gesundheit

Der Einsatz Bester Verfügbarer Techniken (BVT)
reduziert die Umweltauswirkungen von
Industrieanlagen



Herausforderung: Umweltverschmutzung durch Industriebetriebe

Emissionen aus industriellen Prozessen sind für einen großen Teil der Umweltverschmutzung in der Ukraine verantwortlich. Dazu gehören unter anderem Luftschatdstoffe, Abwasser, Abfall, Lärm, und Geruchsemissionen. Diese Emissionen stellen nicht nur eine Bedrohung für die Umwelt dar, sie schädigen darüber hinaus Gesundheit und Wohlbefinden von Bürgerinnen und Bürgern und tragen in Form von Treibhausgasemissionen zum Klimawandel bei. Umweltauflagen sind bisher in einer Vielzahl von Einzelgesetzen geregelt und im zuständigen Ministerium für Ökologie und Natürliche Ressourcen der Ukraine zudem auf mehrere Abteilungen verteilt.

Im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union (EU) hat sich die Ukraine im Jahr 2017 verpflichtet, Vorschriften der EU-Industrieemissionsrichtlinie umzusetzen. Sie regelt die Anwendung von *Besten Verfügbaren Techniken (BVT)* und die Genehmigung besonders umweltrelevanter Industrieanlagen auf der Basis eines medienübergreifenden Ansatzes, mit dem unter anderem eine bloße Verlagerung von Belastungen in andere Umweltmedien verhindert werden soll.

Projektnamen:	Beste Verfügbare Techniken (BVT) für Ukraine
Auftraggeber:	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)
Durchführungsorganisation:	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Politischer Träger:	Ministerium für Ökologie und Natürliche Ressourcen der Ukraine (MENR)
Gesamtauflaufzeit:	02/2019 bis 07/2023
Projektgebiet:	Ukraine
Ansprechpartner:	Gabriel Sauer/gabriel.sauer@giz.de

Für jede betroffene Branche werden umfassende Standards erarbeitet und in sogenannten *Best Available Technique Reference Documents* festgehalten. In der Ukraine diskutiert die Regierung die Vorschläge mit Industrie und Umweltverbänden und verpflichtet Anlagenbetreiber, die Techniken nach einer Übergangszeit verbindlich einzusetzen. So sollen Industrieemissionen verringert oder ganz vermieden werden.

Unser Lösungsansatz: Grundlagen schaffen für eine moderne und klimafreundliche Industrie

Im Auftrag der deutschen Bundesregierung unterstützt die GIZ die Ukraine bei der Einführung eines Systems zur Vermeidung und Verminderung von Industrieemissionen. Die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen von der Umsetzung der Emissionsrichtlinie in ukrainisches Recht bis hin zur Verabschiedung der technischen Lösungen ist ein komplexer Prozess. Dafür arbeitet die GIZ in allen Phasen des Gesetzgebungsprozesses eng mit dem Ministerium für Ökologie und Natürliche Ressourcen der Ukraine zusammen. Die GIZ berät das Ministerium bei der Etablierung von integrierten Anlagengenehmigungen und den entsprechenden Umweltinspektionen. In Schulungen und auf Studienreisen lernen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums, zuständiger Behörden und betroffener Industrieanlagen mehr über ihre neuen Aufgaben und Verantwortlichkeiten.



Inspektion einer Industrieanlage

Ein neues Datenmanagementsystem erfasst Emissionen von Industrieanlagen und macht diese Informationen zudem den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich.

Der Fokus liegt zunächst auf den Sektoren „Produktion und Verarbeitung von Metallen“ und „Mineralverarbeitende Industrie“. Ein Förderprogramm soll Anreize für Anlagenbetreiber schaffen, so dass sie in die Modernisierung ihrer Produktionsanlagen investieren. Neben besserem Umwelt- und Klimaschutz liefert der Ansatz der *Besten Verfügbaren Techniken* so auch einen Beitrag für eine moderne ukrainische Industrie.



Reduzierte Emissionen in Boden, Luft und Wasser



Moderne Prozesse in ukrainischen Industriebetrieben

Unsere Wirkungen: Saubere Umwelt und eine modernere Industrie

Mit Unterstützung der GIZ kann das Ministerium für Ökologie und Natürliche Ressourcen der Ukraine die notwendigen Gesetze für die Regulierung von Industrieemissionen zügig ins Parlament einbringen. Die Industrie profitiert von einem integrierten Ansatz des Genehmigungsverfahrens: Statt sich wie bisher um eine Vielzahl von einzelnen Genehmigungen für Luftschatdstoffe, Abfall oder Abwasser zu bemühen, bietet das neue Verfahren eine einzige Genehmigung für alle Umweltbelange. Finanzielle Fördermöglichkeiten und Schulungen erlauben Anlagenbetreibern, ihre Produktionsprozesse zu modernisieren. Dies führt zu einer geringeren Umweltbelastung, schützt das Klima und sorgt für einen effizienten Einsatz von Ressourcen.

Durch die Einführung eines transparenten Datenmanagementsystems erhalten Bürgerinnen und Bürger Zugang zu relevanten Umweltinformationen und werden so stärker in den Umwelt- und Klimaschutz eingebunden.



Mykola Kuzio: „Ich weiß die Unterstützung zu schätzen“

Mykola Kuzio, stellvertretender Minister des Ministeriums für Ökologie und Natürliche Ressourcen, arbeitet eng mit der GIZ zusammen und erklärt: „Die industrielle Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden stellt eine Bedrohung für die Umwelt, die Gesundheit und das Leben der Bürgerinnen und Bürger dar. Aus diesem Grund hat sich die Ukraine verpflichtet, die Richtlinie über Industrieemissionen und ihr wesentliches

Element – die besten verfügbaren Techniken – umzusetzen. Ich weiß es zu schätzen, dass uns das deutsche Umweltministerium bei unseren Reformbemühungen zur Vermeidung und Reduzierung von Industrieemissionen unterstützt und damit die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger schützt, die Auswirkungen des Klimawandels reduziert und unsere Wirtschaft modernisiert.“

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

GIZ Ukraine
Kapazitätsentwicklung Beste Verfügbare Techniken (BVT)
Antonovycha Street 16b
01004 Kiev, Ukraine
T +38 044 59407 63
I www.giz.de/ukraine

Stand: Kiew, 06/2019

Gestaltung: Olessja Litwinowa

Bildnachweis: Seite 1: © Shutterstock/Constantine Enquist, Shutterstock/David Tadevosian; Seite 2: © Shutterstock/Krysa, Shutterstock/branislavpudar, © Alexandra Azarkhina

Text: Gabriel Sauer / Steffi Noelting

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des
Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)